



Adis Ahmetovic
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Statement des Bundestagsabgeordneten Adis Ahmetovic zu den US-Sanktionen gegen Milorad Dodik

Berlin, 06.01.2022

Adis Ahmetovic, MdB

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Paul-Löbe-Haus
Raum: 7.941
Telefon: +49 30 227-73194
adis.ahmetovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Im Kreuzkampe 1
30655 Hannover
Telefon: +49 511 699 805
adis.ahmetovic.wk@bundestag.de

Pressekontakt:

Jasmin Schönberger
team@adis-ahmetovic.de
Telefon: 0176-22882667

<https://adis-ahmetovic.de/>

Statement des Bundestagsabgeordneten Adis Ahmetovic zu den US-Sanktionen gegen Milorad Dodik

Der Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Adis Ahmetovic, begrüßt die vom US-Finanzministerium erlassenen Finanzsanktionen gegen Milorad Dodik, Mitglied der Präsidentschaft von Bosnien und Herzegowina, sowie die ihm nahestehende Medienplattform „Alternativna Televizija“. Die Sanktionen sind Folge der laut US-Regierung destabilisierenden und korrupten Aktivitäten Dodiks. „Die erlassenen Sanktionen der USA sind ein notwendiger und richtiger Schritt, dem sich auch Deutschland anschließen sollte. Wir müssen entschieden gegen diejenigen vorgehen, die Korruption sowie eine Destabilisierung und Spaltung der Region betreiben sowie gegen diejenigen, die dieses Vorgehen ermöglichen und unterstützen“, betont Adis Ahmetovic.

Dodik bemächtigt sich laut der US-Regierung unter anderem staatlicher Kompetenzen und schaffe darüber hinaus parallele Institutionen in der Entität Republika Srpska (RS) von Bosnien und Herzegowina und nutze zudem seine Position, um sich persönlich durch Bestechung und andere Formen der Korruption zu bereichern. Mit den nun erfolgten Sanktionen wird unter anderem mögliches Vermögen Dodiks in den USA eingefroren.

„Die fortdauernden Versuche Dodiks, das Friedensabkommen von Dayton zu untergraben, gefährden die Stabilität in der gesamten Westbalkan-Region. Als Europäer dürfen wir nicht zulassen, dass sich die Geschichte des europäischen Kontinents wiederholt und es erneut zu einem bewaffneten Konflikt in der Region kommt. Derartigen Bestrebungen werden wir nicht tatenlos zusehen“, so Ahmetovic.



Neben Sanktionen sei zudem eine Verstärkung der internationalen militärischen Präsenz denkbar, um den Ausbruch eines Krieges zu verhindern. Auch sei es nicht undenkbar, dass sich die NATO des Themas annehme.